

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:309145-2019:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Hamburg: Dienstleistungen von Architektur-  
und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen  
2019/S 126-309145**

**Wettbewerbsbekanntmachung**

**Legal Basis:**

Richtlinie 2014/24/EU

**Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber**

**I.1) Name und Adressen**

Asklepios Kliniken Hamburg GmbH  
Rübenkamp 226  
Hamburg  
22307  
Deutschland  
Kontaktstelle(n): Konzernbereich Architektur und Bau  
Telefon: +49 401818826696  
E-Mail: [vergabe-akhh.kbbau@asklepios.com](mailto:vergabe-akhh.kbbau@asklepios.com)  
Fax: +49 401818826629  
NUTS-Code: DE600

**Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse: [www.asklepios.com](http://www.asklepios.com)

**I.2) Informationen zur gemeinsamen Beschaffung**

**I.3) Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: [www.drost-consult.de](http://www.drost-consult.de)

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

D&K drost consult GmbH  
Kajen 10  
Hamburg  
20459  
Deutschland  
Kontaktstelle(n): Herr Luis David Lange  
Telefon: +49 4036098427  
E-Mail: [l.lange@drost-consult.de](mailto:l.lange@drost-consult.de)  
Fax: +49 4036098411  
NUTS-Code: DE600

**Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse: [www.drost-consult.de](http://www.drost-consult.de)

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an folgende Anschrift:

Asklepios Kliniken Hamburg GmbH, Vergabestelle  
Rübenkamp 226  
Hamburg

22307  
Deutschland  
Telefon: +49 401818826696  
E-Mail: [vergabe-akhh.kbbau@asklepios.com](mailto:vergabe-akhh.kbbau@asklepios.com)  
Fax: +49 401818826629  
NUTS-Code: DE600  
**Internet-Adresse(n):**  
Hauptadresse: [www.asklepios.com](http://www.asklepios.com)

- I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**  
Andere: Privater Auftraggeber mit öffentlicher Förderung bzw. Krankenhaus mit öffentlichem Versorgungsauftrag
- I.5) **Haupttätigkeit(en)**  
Gesundheit

## **Abschnitt II: Gegenstand**

### II.1) **Umfang der Beschaffung**

#### II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Hochbaulicher Realisierungswettbewerb mit freiraumplanerischem Anteil, mit Teilnahmewettbewerb und nachgeschaltetem Verhandlungsverfahren gem. VgV – Neubau der Asklepios Klinik Altona  
Referenznummer der Bekanntmachung: 11-040

#### II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

71240000

### II.2) **Beschreibung**

#### II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

#### II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Gegenstand des Wettbewerbs ist der Neubau der Asklepios Klinik Altona (AKA) im Bezirk Altona in Hamburg. Der Neubau soll die bestehenden Gebäude der AKA ersetzen und an dem aktuellem Klinikstandort – an der Paul-Ehrlich-Straße 1 im Stadtteil Othmarschen – in unmittelbarer Nachbarschaft des denkmalgeschützten Bestands errichtet werden. Die denkmalgeschützten Bestandsgebäude sollen erhalten und – nach der Verlagerung der Klinik in den Neubau – einer Nachnutzung zugeführt werden. Die (Um-) Planung der Bestandsbauten bzw. deren Nachnutzung ist nicht Teil der Wettbewerbsaufgabe.

Der Flächenbedarf für den Neubau der AKA liegt bei insgesamt ca. 150 000 m<sup>2</sup> BGF (inkl. Potential- und Erweiterungsflächen). Er gliedert sich voraussichtlich in die folgenden Module:

Gemäß Raumprogramm

— Klinik (ca. 95 000 m<sup>2</sup> BGF, einschließlich Reserveflächen für Betten- und Funktionsbereiche, die über die bisher 633 Betten laut Krankenhausplan der FHH hinausgehen),

— Rettungsdienste (ca. 1 000 m<sup>2</sup> BGF),

— Verkehr und Parken (ca. 21 000 m<sup>2</sup> BGF).

Weitere Flächen (nicht im Raumprogramm enthalten)

— Potential- und Entwicklungsflächen Klinik (ca. 25 000 m<sup>2</sup> BGF),

— Ärztehaus und ambulante Medizin (ca. 4 500 m<sup>2</sup> BGF),

— Reha und Kurzzeitpflege (ca. 1 000 m<sup>2</sup> BGF),

— Forschung, Lehre und Innovation (ca. 7 300 m<sup>2</sup> BGF),

— Kita (ca. 1 300 m<sup>2</sup> BGF).

Im Vorfeld des Realisierungswettbewerbs wurde durch die ASTOC GmbH & CO. KG eine städtebauliche Voruntersuchung durchgeführt, um die wesentlichen städtebaulichen Rahmenbedingungen für den Neubau festzulegen. Ergebnis der Voruntersuchung ist ein städtebauliches Konzept, welches neben dem Raum- und Funktionsprogramm und dem Betriebsorganisationskonzept eine wesentliche Grundlage für den hochbaulichen Wettbewerb darstellt.

Das vorläufige Investitionsvolumen für den Neubau liegt bei ca. 425 Mio. EUR (brutto, KG 200-700). Der Neubau wird anteilig durch die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz gefördert und soll im Jahr 2026 fertiggestellt und in Betrieb genommen werden.

#### II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

### **Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

#### III.1) **Teilnahmebedingungen**

##### III.1.10) **Kriterien für die Auswahl der Teilnehmer:**

Im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs sollen 8 Bewerber ausgewählt werden. Die Bewerber müssen zwingend als Planungsteam, bestehend aus Architekten und Landschaftsarchitekten, auftreten.

Für die Teilnahme am Teilnahmewettbewerb ist zwingend der vorgegebene Bewerbungsbogen zu verwenden. Dieser ist vollständig auszufüllen, zu unterschreiben und mit den geforderten Nachweisen fristgerecht in Papierform einzureichen. Der Poststempel gilt nicht! Bewerbungen, die nach dem unter IV.2.2) genannten Termin eingehen, werden nicht berücksichtigt.

Die Bekanntmachung des Verfahrens sowie die Bewerbungsunterlagen stehen auf [www.drost-consult.de](http://www.drost-consult.de) für einen uneingeschränkten und gebührenfreien Zugang zum Download bereit. Es erfolgt kein Versand der Bewerbungsunterlagen per E-Mail oder Post.

Fragen während der Bewerbungsphase sind schriftlich an [l.lange@drost-consult.de](mailto:l.lange@drost-consult.de) zu richten. Die während der Bewerbungsphase eingegangenen Fragen und deren Beantwortung werden in anonymisierter Form auf [www.drost-consult.de](http://www.drost-consult.de) veröffentlicht. Ein Versand der Fragen und Antworten während der Bewerbungsphase per E-Mail oder Post erfolgt nicht. Die Bewerber sind verpflichtet, sich auf der o. g. Internetseite über eingegangene Bewerberfragen und deren Beantwortung zu informieren.

Anforderungen an die Bewerber

Die in den Dokumenten „Bewerbungsbogen“, „Auswahlbogen“ und „Verfahrenshinweise“ aufgeführten Formalen Kriterien sind zwingend zu erfüllen. Darüber hinaus sind folgende Mindestanforderungen zu erfüllen:

Leistungsbereich Objektplanung gem. §§ 33 HOAI

— Eigenerklärung über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen von mind. 1,5 Mio. EUR für Personenschäden und mind. 0,3 Mio. EUR für sonstige Schäden (jeweils 2-fach maximiert);

— Nachweis der Erlaubnis zur Berufsausübung der/des für die Erbringung der Leistung Verantwortlichen;

— Eigenerklärung über einen Jahresumsatz von mind. 2,5 Mio. EUR (netto) für den Leistungsbereich Objektplanung im Durchschnitt der vergangenen 3 Geschäftsjahre;

— Eigenerklärung, dass im Durchschnitt der vergangenen 3 Geschäftsjahre mind. 25 festangestellte Architekten bzw. Absolventen der Fachrichtung Architektur (mind. FH) inkl. Bürohhaber, Geschäftsführer etc. beschäftigt waren;

— Nachweis der Erfahrung mit öffentlichen AG oder öffentlich geförderten Baumaßnahmen anhand von mind. 1 Referenzprojekt;

— Nachweis der Erfahrung mit BIM-gestützter Planung anhand von mind. 1 Referenzprojekt.

Leistungsbereich Freianlagen gem. §§ 38 HOAI

- Eigenerklärung über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen von mind. 1,5 Mio. EUR für Personenschäden und mind. 0,3 Mio. EUR für sonstige Schäden (jeweils 2-fach maximiert);
- Nachweis der Erlaubnis zur Berufsausübung der/des für die Erbringung der Leistung Verantwortlichen;
- Eigenerklärung über einen Jahresumsatz von mind. 0,3 Mio. EUR (netto) für den Leistungsbereich Freianlagen im Durchschnitt der vergangenen 3 Geschäftsjahre;
- Eigenerklärung, dass im Durchschnitt der vergangenen 3 Geschäftsjahre mind. 3 festangestellte Landschaftsarchitekten bzw. Absolventen der Fachrichtung Landschaftsarchitektur (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. beschäftigt waren;
- Nachweis der Erfahrung mit öffentlichen AG oder öffentlich geförderten Baumaßnahmen anhand von mind. 1 Referenzprojekt.

Die Nichterfüllung der formalen Kriterien und/oder Mindestanforderungen führt zum Ausschluss aus dem Verfahren. Auf die Möglichkeit, Bietergemeinschaften zu bilden oder Unterauftragnehmer zu benennen, um die genannten Anforderungen zu erfüllen, wird explizit hingewiesen.

Auswahl der Bewerber

Die Auswahl erfolgt anhand der für die Leistungsbereiche Objektplanung und Freianlagen einzureichenden Referenzprojekte.

Detaillierte Angaben zum Teilnahmewettbewerb, zu den einzureichenden Bewerbungsunterlagen und zur Auswahl der Bewerber sind den Dokumenten „Bewerbungsbogen“, „Auswahlbogen“ und „Verfahrenshinweise“ zu entnehmen und zwingend zu berücksichtigen.

### III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

#### III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Teilnahme ist einem bestimmten Berufsstand vorbehalten: ja  
Beruf angeben:

Als Berufsqualifikation werden gem. § 75 (1) VgV der Beruf Architekt/-in für die Leistungen gem. §§ 33 HOAI und der Beruf Landschaftsarchitekt/-in für die Leistungen gem. §§ 38 HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

## **Abschnitt IV: Verfahren**

### IV.1) **Beschreibung**

#### IV.1.2) **Art des Wettbewerbs**

Nichtoffen

Anzahl der in Erwägung gezogenen Teilnehmer: 8

#### IV.1.7) **Namen der bereits ausgewählten Teilnehmer:**

#### IV.1.9) **Kriterien für die Bewertung der Projekte:**

Die Beurteilung erfolgt nach den Kriterien

Formalleistungen;

Städtebauliche Qualität;

Hochbauliches Konzept;

Freiraumplanerisches Konzept;

Funktionales Konzept.

Eine detaillierte Aufstellung der Unterkriterien wird im Verfahrensteil der Auslobung bekannt gegeben. Die dargestellte Reihenfolge der Aspekte ist nicht als Wertung oder Gewichtung zu betrachten.

### IV.2) **Verwaltungsangaben**

#### IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Projekte oder Teilnahmeanträge**

Tag: 29/07/2019

Ortszeit: 14:00

IV.2.3) **Tag der Absendung der Aufforderungen zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Projekte erstellt oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:**

Deutsch

IV.3) **Preise und Preisgericht**

IV.3.1) **Angaben zu Preisen**

Es werden ein oder mehrere Preise vergeben: ja

Anzahl und Höhe der zu vergebenden Preise:

Die Ausloberin stellt eine Wettbewerbssumme von insgesamt 400 000 EUR (netto) bereit. Von der Gesamtsumme sollen 160 000 EUR (netto) für 3 Preise zur Verfügung gestellt werden:

1. Preis: 80 000 EUR (netto)

2. Preis: 50.000 EUR (netto)

3. Preis: 30 000 EUR (netto)

Das Preisgericht ist berechtigt, durch einstimmigen Beschluss eine andere Aufteilung der Wettbewerbssumme vorzunehmen.

Es ist beabsichtigt, einen Teil der Gesamtwettbewerbssumme (240 000 EUR) in Form von Aufwandsentschädigungen auszuschütten und zu gleichen Teilen an die Teilnehmenden des Wettbewerbs für die Erfüllung der in der Auslobung definierten Leistungen zu verteilen (siehe IV.3.2).

Alle Preisträger des hochbaulichen Wettbewerbs mit freiraumplanerischem Anteil nehmen an dem nachgeschalteten Verhandlungsverfahren teil. Sie werden zur Abgabe eines Honorarangebots aufgefordert (Erstangebot), zu einem Verhandlungsgespräch eingeladen und anschließend zur Abgabe eines finalen Angebots aufgefordert. Den Zuschlag erhält das wirtschaftlichste Angebot nach den folgenden Kriterien:

1) Wettbewerbsergebnis: 45 %;

2) Fachlicher Wert: 15 %;

3) Qualität: 15 %;

4) Kommunikation/Verfügbarkeit: 5 %;

5) Honorarangebot: 20 %.

Die Ausloberin behält sich vor, den Zuschlag auf Grundlage der Erstangebote zu vergeben (vgl. § 17 (11) VgV). Nähere Informationen zum Verhandlungsverfahren und zu den Zuschlagskriterien sind den Dokumenten „Zuschlagsmatrix“ und „Verfahrenshinweise“ zu entnehmen und zwingend zu berücksichtigen.

IV.3.2) **Angaben zu Zahlungen an alle Teilnehmer:**

Die Wettbewerbssumme von 400 000 EUR (netto) wird anteilig als Aufwandsentschädigung (240 000 EUR) zu gleichen Teilen an die teilnehmenden Planungsteams für die Erbringung der in der Auslobung definierten Leistungen einschließlich Modell ausgezahlt (bei fristgerechter Einreichung einer prüfungsfähigen Wettbewerbsarbeit und vollständiger Erbringung der geforderten Wettbewerbsleistungen).

IV.3.3) **Folgeaufträge**

Ein Dienstleistungsauftrag infolge des Wettbewerbs wird an den/die Gewinner des Wettbewerbs vergeben: ja

IV.3.4) **Entscheidung des Preisgerichts**

Die Entscheidung des Preisgerichts ist für den öffentlichen Auftraggeber/den Auftraggeber bindend: ja

IV.3.5) **Namen der ausgewählten Preisrichter:**

Die Besetzung des Preisgerichts wird mit dem Versenden der Wettbewerbsunterlagen bekannt gegeben.

**Abschnitt VI: Weitere Angaben**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Das Verfahren erfolgt als nicht offener, einphasiger, hochbaulicher Realisierungswettbewerb mit freiraumplanerischem Anteil, mit Teilnahmewettbewerb und nachgeschaltetem Verhandlungsverfahren gem. VgV.

Der Wettbewerbsausschuss der Hamburgischen Architektenkammer hat für den Wettbewerb die Registrierungsnummer NO-13-19-HLRW vergeben.

Das Preisgericht gibt eine schriftliche Empfehlung zur weiteren Entwicklung und Bearbeitung der Aufgabe gemäß § 6 (2) RPW 2015.

Gemäß § 70 (3) VgV gibt die Ausloberin das Ergebnis des Wettbewerbs innerhalb von 30 Tagen nach Abschluss des Wettbewerbs im EU-Amtsblatt bekannt.

Die Ausloberin erklärt, dass sie unter Würdigung der Empfehlungen des Preisgerichtes und entsprechend § 8 (2) RPW 2015 einen der Preisträger mit der weiteren Bearbeitung der Planungsleistungen gemäß §§ 33 HOAI und §§ 38 HOAI – mindestens der Leistungsphasen 2 bis 4 und Teile der Leistungsphase 5 (mindestens 15 %) für qualitätssichernde Leistungen zu beauftragen. Die Ausloberin behält sich insbesondere vor, die Funktionale Leistungsbeschreibung selbst unter Mitwirkung eines der Preisträger zu erstellen. Die Beauftragung erfolgt, sofern das Projekt umgesetzt wird und soweit kein wichtiger Grund einer Beauftragung entgegensteht. Die Beauftragung erfolgt stufenweise.

Im Falle einer weiteren Bearbeitung werden durch das Verfahren bereits erbrachte Leistungen der Entwurfsverfasser bis zur Höhe der zuerkannten Preissumme nicht erneut vergütet, wenn der Entwurf in seinen wesentlichen Teilen unverändert der weiteren Bearbeitung zugrunde gelegt wird.

Löst sich ein Planungsteam nach der Preisverleihung auf, so ist die Ausloberin berechtigt, unbeschadet der urheberrechtlichen Auseinandersetzung innerhalb des Planungsteams ein Mitglied oder mehrere Mitglieder des Planungsteams mit der dem Verfahren zugrundeliegenden Planungsaufgabe zu beauftragen.

Sofern ein Entwurf inkl. etwaiger Ergänzungen im Ergebnis Gegenstand der Beauftragung aus vorliegendem Wettbewerb wird, unterliegt dieser der für den zu schließenden Vertrag geltenden Veröffentlichungspflicht gem. Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

#### VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

##### VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen  
Neuenfelder Straße 19  
Hamburg  
21109  
Deutschland  
E-Mail: [vergabekammer@bsw.hamburg.de](mailto:vergabekammer@bsw.hamburg.de)  
Fax: +49 40427310499

##### VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

##### VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1-4 GWB unzulässig, soweit:

1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat,

- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

28/06/2019